

## Helmut Müller-Enbergs

»Ich werde Sie sehr enttäuschen, aber eigentlich muss die Forschung jetzt erst anfangen.«

Müller-Enbergs ist Jahrgang 1960 und war als Chemiefacharbeiter tätig. In der Zeit von 1985 bis 1989 studierte er Politologie, Soziologie, Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und der FU Berlin. In der Zeit von 1989 bis 1992 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin. In der Zeit von 1990 bis 1992 war Müller-Enbergs Pressesprecher der Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stolpe-Untersuchungsausschuss. Seit 1992 ist er wissenschaftlicher Referent beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Von 2003 bis 2005 leitete er die Forschungsgruppe »Rosenholz«. Im Jahr 2007 erfolgte die Promotion an der TU Chemnitz zum Dr. phil. In den Jahren 2008/09 hatte Müller-Enbergs eine Gastprofessur und seit 2010 eine Honorarprofessur an der Faculty of Humanities der Syddansk Universitet in Odense (Dänemark). In der Zeit 2011/12 hatte Müller-Enbergs eine Gastprofessur und in der Zeit von 2012 bis 2014 eine Honorarprofessur an der Högskolan på Gotland in Visby (Schweden). U. a. war Müller-Enbergs Lehrbeauftragter an der Landesverteidigungsakademie (Wien), Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung und der Gustav-Siewerth-Akademie (Bierbrunn) und in den Jahren 2007/08 an der Visiting Scholar an der Michigan University (USA) tätig. Seit 2018 ist er Leiter der Spionage-Abwehr beim Verfassungsschutz in Berlin.

**Oliver Dürkop: In der Zeit von 1990 bis 1992 waren Sie Pressesprecher im Bündnis 90 im Landtag von Brandenburg. Manfred Stolpe bildete eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis '90 und wurde am 1. November zum ersten Ministerpräsidenten dieses Landes gewählt. Wie erlebten Sie diese Parteienlandschaft und auch die Akteure, die Beteiligten, sowie den politischen Neubeginn nach der SED-Alleinherrschaft im Bundesland Brandenburg?**

Bevor ich in Potsdam landete, hatte ich Erfahrungen als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung – ZI 6 genannt – an der Freien Universität Berlin gesammelt. Dort hieß ein Professor Dietrich Herzog, der vielleicht nicht mehr allen bekannt ist. Heute würde man sein Forschungsgebiet auch als Eliten-Forschung umschreiben können. Er hatte ein von der Stiftung Volkswagenwerk gefördertes Projekt, in dem er versuchte, das Verhältnis von Bürgern und parlamentarischem Raum zu untersuchen. Daran habe ich ein Jahr lang mitgewirkt. Ich fand das so gut, dass ich im April 1990 in der Volkskammer ein Zimmer bezogen habe und die Untersuchung für die

Volkskammerabgeordneten durchführte – also die gleiche Untersuchung, eben nur auf das neu gewählte DDR-Parlament übersetzt. Es haben nahezu alle Abgeordneten mitgemacht, meist jene nicht, die mit der Staatssicherheit kooperiert haben. Diese Untersuchung erbrachte als Zwischenergebnis die Erkenntnis, dass der politische Raum in der Volkskammer zum Zeitpunkt August 1990 keinen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland favorisiert hat, sondern eine neue Verfassung der DDR. Aber die politische Entscheidung im August 1990 bedeutete, einen Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG und nicht nach Artikel 146 GG zu vollziehen.

Als ich ab Oktober/November 1990 im Landtag in Brandenburg arbeitete, war mir bewusst, dass alle neuen Parteien, mit Ausnahme der PDS, faktisch nur ein politisches Etikett bedeuteten, und über noch kein wirklich ausgereiftes politisches Programm verfügten. Die politische Kultur, die die ersten drei Jahre bis zur Neuwahl bzw. regulären Wahl der zweiten Legislatur hatte, lässt sich am besten als Konsens mit Problemlösung als beste Lösung beschreiben. Ideologen hatten dort keine wirkliche Chance. Es herrschte ein sehr pragmatischer Zugang zu den Aufgaben. Das gefiel mir und entsprach noch jüngeren Erfahrungen an der FU Berlin.

Im Wintersemester 1988/89 hatte ich noch an einem »Universitätsstreik« – von uns seinerzeit »Besetzung« genannt – an der FU Berlin engagiert teilgenommen. Unter den jüngeren Studenten gab es ein politisch ambitioniertes Klima, mitunter mit militanten, mindestens jedoch sozialistischen Strömungen. Darunter wirkte ich wohl schon beinahe reaktionär, aber man konnte sich trotzdem in die Diskussion einbringen. Nachdem im Vollplenum diskutiert wurde, brachte ich mich gegen den Willen des seinerzeitigen AstA ein. Für meine Verhältnisse hielt ich so etwas wie eine Brandrede, die der Frage nachging: Wie wäre es mit einer richtigen kritischen Universität? Diese Universität muss sich neu aufstellen und die neue Zeit verstehen. Wir sind im Gorbatschow-Zeitalter, hier tut sich politisch etwas und wir sind nicht vorbereitet. Wie agieren wir hier? Ich meine, das traf den Nerv zumindest eines Teils unter den Studenten. Dieses Vollplenum war der Anfang einer fünfmonatigen Studienpause. In diesen Diskussionen teilte ich die Auffassung: Wir entwickeln Studienkonzepte und gestalten Seminare jetzt so, wie sie sein sollten. Warum müssen die in Räumen der »Rostlaube« (wie ein Teil der Freien Universität hieß) stattfinden? Warum machen wir die Seminare nicht im gesellschaftlichen Raum? Das galt nicht allein für die Naturwissenschaften, sondern auch für Politikwissenschaften. Das hat – im Rückblick betrachtet – zu Veränderungen geführt. Das zentrale Motto lautete: Wir streiken nicht! – Wir besetzen! Der Präsident der Universität, Prof. Dr. Dieter Heckelmann, wurde als Bärchen bezeichnet und die Eigenmedien verwendeten das symbolisch. Warum dieser Kontext anzuführen ist? Der rote Faden dieses Diskussionsprozesses enthielt eine Vokabel, die alles verband. Sie lautet: Konsens beim Lösen von Problemen. Diesen weiten Bogen zu bilden macht Sinn, denn alsbald taucht auch bei den DDR-Bürgerbewegungen diese Vokabel auf. Nicht Konfrontation, sondern geeignete Lösungen finden.

Wenn ich also gefragt werde, wie ich die ersten Jahre im Parlament in Brandenburg gesehen habe: Es gab einen sehr pragmatischen Ansatz. Man merkte, dass sich parteipolitische Prägungen herausbildeten, aber wesentlich initiiert durch den Beratereinfluss, durch den Apparat, der aus der alten Bundesrepublik kam. In dieser Konstellation war ich Pressesprecher der Bürgerbewegung im Landtag. Die Fraktion selbst war etwas Sonderbares. Ihr gehörten sechs Abgeordnete an, darunter Matthias Platzeck, Marianne Birthler und Günter Nooke, die nicht wenigen bekannt sind. Auch hier ging es um Lösungen, die oftmals im Konsens entwickelt wurden. Dieser Prozess bekam Risse, als das Thema Staatssicherheit auf die Bühne gekommen ist. Die Bürgerbewegung hat den Untersuchungsausschuss mitgetragen, den die Fraktion der CDU unter dem ehemaligen Innenminister Peter-Michael Diestel zum Verhältnis von Manfred Stolpe zur DDR-Staatssicherheit beantragt hatte. Bis dahin hatten die Überprüfungen der Abgeordneten stattgefunden. Von 88 Abgeordneten hatten ungefähr 20 – wie man heute weiß –, also fast jeder Vierte, eine Kooperation mit dem Ministerium für Staatssicherheit gehabt. Die Kommission, die aus lediglich zwei Theologen bestand, war die einzige in den neuen Bundesländern, die außerparlamentarisch agiert hat. Es wurden von ihr aber nur elf Abgeordnete als Kooperationspartner des MfS bekannt gegeben. Also ist fast die Hälfte unter den Tisch gefallen. Unter anderem der Oberste selbst: Ministerpräsident Manfred Stolpe.

Mich reizte es sehr, in dieser Untersuchungskommission zu arbeiten; und es freute mich, dass mich die Fraktion zur Mitarbeit eingeladen hat. Das hat mir Spaß gemacht. Irgendwann wurde mir während der Arbeit in der Untersuchungskommission klar, dass der Konsens-Gedanke »Problemlösung« aufgekündigt ist, weil das politische Primat ins Zentrum gerückt war. Es war klar, dass die gesellschaftliche und politische Mehrheit Manfred Stolpe als Ministerpräsidenten behalten wollte, egal, was man ihm vorwirft, und wie substantiiert das ist. Einen politischen Maßstab wollte ich mir nicht zu eigen machen. Mir ging es im Wesentlichen um den Sachverhalt selbst. Angesichts der fragmentarischen Aktenlage und den Einlassungen Manfred Stolpes dachte ich, da gibt es nichts mehr zu diskutieren. Die Angelegenheit erschien mir eindeutig. Während des Arbeitsprozesses entwickelte sich zunehmend eine Kooperation mit zwei von der CDU engagierten Staatsanwälten, die ebenfalls Mitarbeiter dieses Ausschusses waren. Die hatten als Staatsanwälte berufsbedingt ein spezifisches Ordnungssystem, wie man mit Beweismitteln arbeitet. Als wir für vorbereitete Beweisanträge keine Mehrheiten erhielten, sind wir als Mitarbeiter dieses Untersuchungsausschusses zurückgetreten. Wir waren zu der Ansicht gekommen, dass Manfred Stolpe mit dem MfS kooperiert, Geschenke angenommen und sich konspirativ mit Mitarbeitern des Ministeriums getroffen hat.

Man kann diesen Komplex positiv wie auch negativ formulieren. Durch seine Tätigkeit und Stellung in der Kirche, hatte Stolpe eine wunderbare Gabe. Und zwar den kirchlichen Alltag, Pakete zu schnüren, um quasi Konsens zu stiften. Das beherrschte er. Negativ formuliert: ein richtiges politisches Profil konnte man aus Manfred Stolpe nicht herausholen. Es ist vollkommen gleichgültig, ob er der

SPD oder der CDU angehört hat. Die CDU war von ihm eine Zeit lang in Erwägung gezogen worden, heißt es. Für die ersten Jahre des Landes Brandenburg war diese Ambivalenz Gold wert. Zumal in Brandenburg hinsichtlich der alten Staatsparteien wirklich intelligente Köpfe an der Spitze der PDS standen, die verstanden haben, dass der DDR-Sozialismus Geschichte ist – nämlich Lothar Bisky und Michael Schumann –, die deutlich aus dieser Partei hervorragten. Schumann ist der Einzige des Spitzenpersonals der PDS, der öffentlich Stalin kritisiert hatte, und zwar in einer Parteitagssrede im Dezember 1989. Bisky war insgesamt entspannter. Das funktionierte.

Manfred Stolpe hatte in mehrfacher Hinsicht Glück:

Erstens – Bundesrat: Die Bundesregierung hatte nicht ausreichend Stimmen, um im Bundesrat Sachen durchzuwinken. Stolpe bot gelegentlich seine Stimme an. Insoweit gab es niemanden in der Bundesregierung, der das Bedürfnis hatte, Stolpe auszutauschen, um möglicherweise eine politische Blockade zu inszenieren.

Zweitens – historisch, politisches Glück: Die SPD hat sich in den neuen Ländern neu aufgebaut. Die Offerte, Interessierte aus der Staatspartei in ihren Reihen aufzunehmen, hat sie abgelehnt. Sie wären durch andere Mitgliedermehrheiten überrollt worden, rein mathematisch. Die SPD hatte in den neuen Bundesländern nur wenige, die hinreichend populär waren. Manfred Stolpe aber konnte man vorzeigen, er konnte westdeutsch, weil er aufgrund seiner Funktion vor 1990 konferieren konnte– mit Helmut Schmidt und anderen insbesondere mit der Ständigen Vertretung, Hans Otto Bräutigam, den späteren Justizminister in Brandenburg.

Das dritte Glück für Manfred Stolpe: Die SPD in Brandenburg selbst war nicht sonderlich konturiert. Stolpe konnte die Moderatoren-Funktion auch innerparteilich anwenden.

Das vierte Glück: Er war sich schon bewusst, dass seine Vita für die neue Zeit gewisse Schwachpunkte hatte. Er versuchte der Enttarnung voraus zu sein, in dem er vorher eine Biografie vorlegte. In der steht alles Notwendige: U. a. konspirative Treffen in Wohnungen usw.<sup>1</sup> Er war insoweit nur bedingt angreifbar, weil es eine Kenntnis gab, dass Abgeordnete aller Parteien, die sonst noch im Landtag waren, auch ein Problem mit dem MfS hatten. Damit hat er die schwierigste Übung vermieden und es war vorausschauend, die Bürgerbewegung Bündnis 90 mit in die Regierung in zu nehmen, wozu es mathematisch reichte. Er hätte die Regierung auch anders aufbauen können. Er hat sich aber so entschieden. Diese Konstellation trug ihn durch, so meine politikwissenschaftliche Bewertung.

**Jörg Beining: Im Jahr 2007 promovierten Sie bei Professor Eckhard Jesse zum Dr. phil. an der TU Chemnitz. Was war Ihr Schwerpunkt und mit welchen Forschungserkenntnissen schlossen Sie Ihre Arbeit ab? Wie haben Sie Jesse als Lehrer, als Betreuer und als Forscher erlebt?**

---

1 Manfred Stolpe, Schwieriger Aufbruch, München 1992.

Drei Meinungen zu Eckhard Jesse. Erstens: So ungewöhnlich er aussieht, so ungewöhnlich ist er. Er passt nicht in das Modellelevel an den Universitäten. Er vertrat eine engagierte Bewertung der DDR als totalitaristisches System. Ich war seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Unterlagenbehörde und aufgrund von Lesefrüchten aus den Akten teilte ich seine Auffassung, dass die DDR kein demokratischer, vielmehr ein autoritärer Staat war. Aber Totalitarismus heißt total. Die Akten zeigten, die Herrschaft hatte nur in bestimmten Bereichen ganz durchdringen können und zwar in allen Bereichen, die Militär und Staat betreffen. Das hatte das MfS im Griff, aber sie hat nicht ganz und überall durchgreifen können. Es gab eine gegensätzliche Wahrnehmung dieser Vorgänge. Hier muss man auch bedenken: Ich kam aus der DDR-Forschung, die wegen ihres systemimmanenten Ansatzes bekannt war. Man hat oftmals Grundwerte und die nimmt man zum Maßstab, um Sachverhalte zu bewerten. Ich kam aber aus einer Denk-Schule, die sagt: Schauen wir uns das Ganze erst mal an und wenn wir es ganz verstanden haben, dann schauen wir, welche Spielräume das Ensemble hat. Dann schauen wir, was normativ möglich gewesen wäre, denn diese Diskussion wird immer abgekoppelt davon, dass die DDR schlicht und einfach ein besetztes, sowjetisches Territorium war. Sowjetische Besatzungszone nach Bildung der DDR ist zwar ein ideologisch propagandistischer Begriff, aber er bildete auch die Realität ab.

Zweitens: Ich habe nie einen Professor kennengelernt, der so intensiv mit Studenten und Promovenden wie Eckhard Jesse gearbeitet hat. Er hat jeden einzelnen seiner 140 Doktoranden telefonisch traktiert. Traktiert meine ich positiv besetzt und nicht bösartig. Er hat alles von denen gelesen. Ich weiß gar nicht, wie er das verarbeitet hat. Er hat es nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich korrigiert. Er wollte gutes Deutsch und hat den Studierenden das andressiert. Er hat seine Doktoranden einmal im Jahr zusammengeholt und besaß ein Modell, was mitunter Züge einer Selbstkasteiung nicht gänzlich abwegig erscheinen lässt. Jeder, der bei ihm promovierte, musste ein Exposé mit Gliederung vorlegen. Die Aufgabe aller Doktoranden war wohl kaum, einander zu loben, sondern vielmehr die anderen Arbeiten kritisch zu hinterfragen, also ein extremer Belastungstest. Eine reine Ausbildung in Lehrveranstaltungen schafft das vermutlich nicht. Jesse hat strapaziert und das gilt auch für die Promotion selbst. Meine Promotion war der Versuch, empirisch mit Zahlen nachzuweisen, dass Kernthesen der Totalitarismus-Theorie durch empirisch-statistische Belege nicht belastbar waren.

Drittens: Eckard Jesse ist definitiv ein liberaler, aber auch nationalkonservativer Professor. Gleichwohl liebt er auch andere Ansichten. Diese Fähigkeit muss man erst mal haben und diesen Punkt schätze ich bei Eckhard Jesse. Ich halte den von ihm gepflegten Diskurs nicht für den Normalfall akademischer Ausbildung.

**Andrea Germer: Ihre wissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte sind seit Jahrzehnten u. a. die Geheimdienstforschung, Inoffizielle Mitarbeiter (IM), Hauptverwaltung A (HVA), Spionage und Nachrichtendienstpsychologie: U. a. veröffentlichten Sie eine dreibändige Edition »Inoffizielle Mitarbeiter**

**des Ministeriums für Staatssicherheit«, Sie haben damit ein Opus Magnum im Jahr 2008 abgeschlossen sowie zuvor »Anatomie der Staatssicherheit« aus dem Jahr 1993. Warum entschieden Sie sich immer für diese Spezialthemen und was motiviert Sie zur Aufklärung?**

Wie das so ist, wenn Forschung in einer Behörde stattfindet, tritt nach erheblichen Reibungen folgender Zustand ein: Es werden die Themen vorgegeben und wie man sie gestaltet, ist einem selbst überlassen. Das ist ungefähr das Gleichgewicht. Das Thema »Inoffizielle Mitarbeiter« ist mir auferlegt worden, weil sich sonst niemand dafür begeistert hat. Der Grund ist, es war ein gesellschaftspolitisch und publizistisch bewegtes Themenfeld. Als Akademiker konnte man nur auf die Nase fallen, wenn man Feststellungen trifft, die keinen Bestand haben. So ist man irgendwie draufgekommen, mir das zu zuweisen. Das war ein Hauptprojekt der Stasiunterlagenbehörde der Abteilung Bildung und Forschung. Mir ist relativ bald klar geworden, dass man zunächst nur die Regeln darstellt und den Praxisbezug prüft – Norm und Praxis für die operative Arbeit einer Geheimpolizei im Osten und im Westen. Der dritte Teil waren Zahlen zu den IM und dann sollte im Weiteren die historische Einordnung dieser Großgruppe folgen. Zu diesem vierten Band ist es nicht mehr gekommen, denn das Forschungsprofil der Abteilung hat sich verändert. Man wollte diese IM-Forschung nicht mehr haben und ist schwerpunktmäßig ganz auf Denunziantentum übergegangen, ein Weg, der mir fachlich nicht geboten erscheint. Natürlich gibt es bei beiden Bereichen Überschneidungen. Der dritte Band zu den IM erschien durch finanzielle Mittel diverser Betroffenenorganisationen, wie auch Nachauflagen der ersten Bände. Eine ideologiefreie Forschung war nicht weiter gewünscht, stattdessen normativ aufgeladene Untersuchungen wie eben zu Denunziantentum.

Um ein empirisches Äquivalent zu den Akten zu haben, fing ich an, zeitgeschichtliche Interviews mit Personen durchzuführen, die in der DDR relevant waren. Das bildete sich dann im Lexikon »Wer war wer in der DDR?« ab. Bei den Biografien, die ich darin zeichne, wie und wo die Personen gelebt haben, habe ich versucht, mit den Akteuren ins Gespräch zu kommen. Die habe ich aufgesucht und möglichst erst dann den Eintrag geschrieben. Die Beiträge sind bis heute bislang belastbar, weil die Aktenlage mit den Zeitzeugenerinnerungen zusammengefasst wurde. Da ist vermutlich nichts mehr zu korrigieren. Das war mir wichtig, weil ich der Ansicht bin, dass man das Thema in einen biografischen Kontext stellen muss. Man kann es nicht abtrennen von einer Handlung, man muss sie in eine Biografie einordnen. Das war für mich sehr gewinnbringend. Daher auch Gespräche mit Rainer Rupp oder Wolfgang Schnur, Ibrahim Böhme usw. Manfred Stolpe war im Landtag Brandenburg zwar mein übernächster Zimmerpartner, aber für ihn war ich kein Gesprächspartner. Schade, denn ich hätte mich gern mit ihm über seine Arbeit in dem Kontext MfS unterhalten. Im Übrigen ein dorniges Gelände: Mit Zeitzeugen des MfS zu sprechen galt nach der Ära Gauck als verpönt.

Im Anschluss daran tauchte die Frage auf: Mit Blick auf das Themenfeld Spionage fiel mir in den 1990er-Jahren auf, wie wenig belastbar manche Angaben sind. Mitunter handelt es sich um Mythen-Erzählungen. Aufgrund der Akten des

MfS wussten wir, wie Nachrichtendienste arbeiten. Wenn man dann aber denkt, man weiß über das MfS somit Bescheid, trifft das wohl nicht ganz. Das öffentlich und medial gezeichnete Bild deckte sich mitunter nicht mit der Aktenlage. Daher entstand der Gedanke, das Themenfeld »Nachrichtendienstgeschichte« mit aufzunehmen, um etwas gegen Mythenbildung anzugehen.

Zum Stichwort »Nachrichtendienstpsychologie«: Das kommt aus einer wissenschaftlichen Diskussion im Jahre 1994. Auf einer Tagung trug ich über Motive von Inoffiziellen vor, wobei die Optik der Zeitzeugen berücksichtigt wurde. Das stieß auf Unverständnis beim Publikum. Die Wahrnehmung war, dass die IM operative Arbeit nur für alles Geld oder aus Rache durchgeführt haben. Meines Erachtens kamen auch andere Motiv-Gruppen in Frage. Daraus entstand die Frage nach Nachrichtendienstpsychologie, weil mich interessierte, wie bringt man einen Bundesbürger dazu, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu kooperieren? Wie war das möglich? Meist waren die Betroffenen materiell abgesichert? Wo sollte die ideologische Übereinstimmung sein? Da war auch eine psychologische Dimension mitzudenken.

Der Beginn der Auslandsnachrichtendienstpsychologie begann an der Stelle, wo klar war, dass es das als wissenschaftliches Fach in Deutschland gar nicht gibt. Dazu fehlt uns das Material. Worauf stützt man sich? Worauf bildet man Modelle? Da traf sich das Interesse des Sigmund Freud-Instituts in Frankfurt/Main, das hierzu ein Projekt entwickelt hat. Es wurden zwanzig IM nach einem bestimmten methodischen Verfahren ausgesucht. Die Psychoanalytiker erhoben nach ihrer Methodik Informationen, mein Part war die Aktenauswertung. Teams mit Psychologen und Psychiatern diskutierten nach festgelegten Fragebögen. Die analytische Frage lautete: Wie präzise sind die Angaben in den Akten? Wie viel Erkenntnisse kann man aus den Akten herausholen? Im Ergebnis wurden psychoanalytische Interviews mit den Angaben in den Akten abgeglichen. Das Ergebnis war verblüffend. Verkürzt dargestellt: Immer da, wo primär eine politische Motivation zu erkennen war, deckten sich die Detaildarstellungen in den Akten stark. Akte und Erzählung waren im Einklang. Dort wo ein materielles Motiv Grundlage für die Kooperation war, wurde von den Betroffenen wiederholt auf Zwang abgestellt. In den Fällen, wo IM viel Geld erhalten haben, betonten sie bei den Interviews ihre Zwangslage. Daraus konnte man die Hypothese ableiten: Dort, wo in den Akten ein materielles Motiv zur Kooperation mit dem MfS aufscheint, zeigt sich bei Befragungen eher eine Abweichung von der Aktenlage. Für meine Arbeit war diese Beobachtung wichtig, um zu ermitteln, wie valide sind Angaben in Akten und woher rühren Konflikte zwischen Aussagen von Zeitzeugen und Akte. Das ist ein Aspekt der Nachrichtendienstpsychologie.

**Oliver Dürkop: Bei den massenhaften Veröffentlichungen über Entstehung, Existenz und Ende der DDR bekommt man den Eindruck, dass keine weiteren Details und Informationen mehr entdeckt werden können, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Wo bestehen überhaupt noch Forschungslücken und lohnt es sich weiterhin zu recherchieren?**

Ich werde Sie jetzt sehr enttäuschen, aber eigentlich muss die Forschung jetzt erst anfangen. Wir hatten im letzten Vierteljahrhundert drei Phänomene gleichzeitig.

Erstens: Wir haben eine starke Präge-Kraft in der Publizistik, bedingt durch die Kalte Krieg-Situation. Das heißt, der Wahrnehmungswinkel zu Ereignissen ist noch entlang einer Blockkonfrontation verlaufen, weil es noch eine innergesellschaftliche und innerpolitische Blockwahrnehmung gab. Das heißt, Wissenschaft war nicht wirklich frei, sondern sie ordnete sich entweder so oder so in die politische Landschaft ein. Ich selbst habe mich sehr angestrengt, darüber erhaben zu sein. Aber die Wirkung politischer Debatten ist eine Realität gewesen. Damit findet bei den jungen Kollegen häufig schon eine Prädisposition statt, wie sie sich einem Material nähern. Das heißt, sie haben schon eine Meinung oder eine These und lesen dann das Aktenmaterial schon selektiv. Jeder wird das kritisieren, aber wer weiß, wie wissenschaftliche Kontexte funktionieren, wird das nachvollziehen können.

Zweitens: Zeitzeugen, die schon bald die Bühne verlassen haben, wurden zu einem Zeitpunkt befragt, als es um die Verteidigung ihrer Ideologie ging, also wo sie ihre Biografie als wichtiges Äquivalent zu einem historischen Prozess gedeutet haben. Das heißt, man kam bei den Genossinnen und Genossen nicht wirklich tief in die Biografien hinein. Da ist einfach dieser politische Panzer gewesen. Die Krücke, die häufig behinderte, war womöglich bei bestimmten, auch das MfS prägenden Jahrgängen eine auffällig starke Generationserfahrung der Hitler-Jugend. Also kann ja nicht sein, was nicht sein darf. Einmal politisch neu orientiert, ja; aber zweimal – also erst als Junge und jetzt als Mann?

Zeitzeugen sind gleichwohl wichtig! Was häufig übersehen wird und das ist nicht abträglich zu werten: Wer Akten schreibt, nimmt selektiv wahr und dokumentiert selektiv je nach Interessenlage oder nach Erwartungshorizont desjenigen, der die Akte oder das Aktenstück bekommt. Es sind Unterlagen, die den Vorgesetzten vorgelegt werden, dessen Paraphe man braucht und der auch vorschlägt, ob man befördert wird oder nicht. Also dieses quellenkritische Moment ist arg vernachlässigt worden. Natürlich gibt es Kollegen, die das richtig aufnehmen, aber der Trend geht eher in Richtung Aktengläubigkeit.

Drittens: Wer sich nur mit dem MfS befasst, der macht einen Denkfehler. Das ist nur ein Ton im Konzert der SED-Diktatur. Mehr noch muss immer auch die Sowjetunion und der KGB mitgedacht und mitgelesen werden, sonst wird der Kontext nicht verständlich. Das MfS war einerseits ein ausführendes Instrument der SED, andererseits des sowjetischen Imperiums. Wir tun aber überdies so, als ob Deutsch-Deutschland souverän gewesen wäre, so wie heute. Diese Aktenspiegelung fehlt. Dann gab es beim MfS in der Regel ein Gegenüber. In der Bundesrepublik gab es den BND.

Diese drei Aspekte bilden eine natürliche Konstellation. Nun ist eine neue Studentengeneration dran, die nicht mehr vom Kalten Krieg geprägt ist. Die Publizistik ist zunehmend sorgfältiger. Das hat etwas mit Prozessen und Lernerfolgen oder auch jungen Journalisten zu tun und zwar langsam, aber zunehmend veröffentlichten Akten.

Es ist zwar vieles in schon bald in drei Kilometern Büchern zu MfS und DDR veröffentlicht; nicht einfach, die Literatur in Gänze im Auge zu behalten. Die Publizität wird zwar weniger, aber doch reichlich. Dabei ist viel wertvolles Juwel verloren gegangen durch die Masse, die auf dem Markt vorhanden ist. Ich hoffe sehr, dass die 25-jährigen Nachwuchswissenschaftler, die jetzt einsteigen, so rangehen, dass sie versuchen die Prozesse nachzuzeichnen, Spielräume von Akteuren erkennen, um deutlich zu machen, dass es auch Personen gab, die sich »richtig im Falschen« verhalten haben. Eigentlich beginnt jetzt die spannende Phase und man kann nur hoffen, dass es noch genügend Leute gibt, die Lust daran haben, denn der Marktwert der DDR als Thema versiegt.

**Michael Gehler: Was haben Ihre Forschungen im Stasi-Unterlagenarchiv spezifisch zu sowjetischen Ablöseüberlegungen von Erich Honecker seit 1987 ergeben, zu seinem Rücktritt im Oktober und dann auch im November 1989 zur Grenzöffnung? Haben hier Kenntnisse aus der BStU den Facettenreichtum der Forschung bereichern können oder sogar fundamentale, neue Erkenntnisse über das zutage gefördert, was wir von vielen Einzelforschungen kennen?**

Die Stasiunterlagen geben dazu nahezu nichts her. Das müssten sie aber. Das, was ich bisher dazu gesehen habe, trägt nicht. Es gibt immerhin zwei erwähnenswerte Aspekte.

Der erste Aspekt: Minister Mielke besaß unter dem Codewort »Rote Nelke« Akten über Nomenklatur-Kader und Eliten-Kader einschließlich Erich Honecker. Hierzu dürften die in »Tatort Politbüro« veröffentlichten Unterlagen zählen,<sup>2</sup> in denen auch Hinweise zu seiner Haft in Brandenburg enthalten sind. Was bedeutet solches Wissen eines Ministers in einer Diktatur? Es ist nicht ausgeleuchtet, welches Wissen das genau war und wie das zur Kadersteuerung verwandt wurde. Letzthin entschied die Sowjetunion, ob Erich Honecker noch im Amt bleiben sollte. Das kann unter Gorbatschow etwas in Rutschen gekommen sein. In diesem Zusammenhang wird man über die Gruppe »Lutsch« noch einmal reden müssen, wie eine sowjetische Nachrichtendienststruktur genannt wurde. Welche tatsächliche Rolle sie hatte, ist noch nicht abschließend geklärt.<sup>3</sup>

Der zweite Aspekt ist wesentlich wichtiger: Die Partei hat eine Kommission eingesetzt, um die ökonomische Lage der DDR zu prüfen. Da gab es einen sogenannten Schürer-Bericht,<sup>4</sup> der im Oktober 1989 dem Politbüro vorgelegt wurde. Die Quintessenz lautet, dass die DDR faktisch pleite ist. Die Parameter, an denen die politische Klasse das festgemacht hat, waren im Westen nicht unbekannt. Die

---

2 Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.

3 Helmut Müller-Enbergs/Thomas Wegener Friis, Herbstrevolution und Nachrichtendienst. Das stille Ableben der Geheimpolizeien der DDR im Laufe des Jahres 1989, in: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.). Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung, Köln – Weimar – Wien 2016, S. 181–220.

4 Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 127–145.

waren sichtbar durch Erkenntnisse des BND. Die spannende Frage, die nicht durch Stasiunterlagen allein zu klären ist: Warum existierte die DDR überhaupt so lange? Welche Rolle hatte dabei die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa?

*Exkurs:* Europa in den 1960er-Jahren, die »Rollback-Strategie«<sup>5</sup> war gescheitert und die Lust auf Sozialismus konnte vom Osten nicht genügend inszeniert werden. Was passiert nun? Beide Imperien, die Sowjetunion und die USA, fixieren Europa auf den Status quo. Ich sage jetzt nicht, dass der Westen die Mauer wollte, aber ungelegen kam sie ihm auch nicht. Notwendig war für die Entspannungspolitik, der Austausch der Eliten – im Westen wie im Osten. Im Osten ist dann Walter Ulbricht demissioniert worden, dem Erich Honecker an der Macht folgte. Im Westen ist Konrad Adenauer von der Bühne gegangen, ihm folgte nach einiger Zeit Sozialdemokrat Willy Brandt. Und im politischen Raum stand die Frage: Ob es nicht andere Formen gab, sich darauf zu verständigen, Europa zu einem ruhigen Ort zu machen und die Konfliktlinien eher nach Afrika oder Südamerika zu verlagern? Zumal die USA das Vietnam-Problem noch hatte, das zunächst keine verständige Auflösung fand. Das heißt: die Imperien konnten bzw. wollten nicht an allen Fronten agieren. Die Frage, die sich in diesem Kontext stellt: Ist die Protestbewegung in Westeuropa nicht ein Katalysator für diesen Prozess gewesen? Gemeint ist nicht nachrichtendienstliche Steuerung, denn das führt zu weit. Eigentlich hat die SPD von dieser Studentenbewegung profitiert und dem damit verbundenen politischen Klimawandel. Das sind Fragen, die dazu führen, dass eine reine deutsch-deutsche Betrachtung zu kurz greift. Es ignoriert internationale Komponenten. Das Mindeste ist eine Erörterung im europäischen, eigentlich aber im internationalen Raum. Deshalb ist eine Fokussierung auf Deutschland in der Forschung für eine unzulässige Verengung. Sie führt uns in die Irre und bringt uns nicht wirklich weiter. Wir tun so, als ob die Bundesrepublik Deutschland frei und souverän gewesen wäre. Wir waren das betrüblicherweise nicht. Wir bewegten uns im Kontext von internationalen Prozessen wie auch heute.

**Michael Gehler: Nachgefragt für den Fall der Ablösungsüberlegungen von Honecker im Jahre 1987: Was geben Dokumente aus dem Archiv über die Vorstellung her, Honecker ggf. durch Modrow zu ersetzen?**

Aus Berichten von Inoffiziellen Mitarbeitern wird ersichtlich, dass es bereits 1966 Überlegungen innerhalb des ZK-Apparates der SED gab, Walter Ulbricht durch Erich Honecker abzulösen – also bereits Jahre zuvor. Hinsichtlich Erich Honeckers ergibt sich bislang nichts aus den Stasiunterlagen-Archiv und auch nicht aus dem Bundesarchiv, aber verstreute Hinweise in inoffiziellen Berichten, wie in Hans Modrow »Eine Zukunft für die DDR« zu sehen. In einem Gespräch mit Hans Modrow führte er am 1. Mai 2018 aus: Für ihn sei das Schlüsseljahr 1976. Da sei die sowjetische Botschaft auf ihn zugekommen und habe ihm gesagt:

---

5 Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991, Köln – Weimar – Wien 2002.

»Hans, Du machst das. Du gehst jetzt ins Politbüro. Das ist eine Vorbereitung.« Man kann nicht vom Mond kommen, man muss vorher die Basis betreten. Das hat nicht geklappt. Honecker wollte das nicht und hat stattdessen Krenz ins Politbüro geholt. Insofern ist nicht 1987, sondern 1976 wohl eine Weichenstellung.

Warum diese Äußerung von Modrow? Er ist zwar auch Anwalt in eigener Sache, aber seine Position erscheint mir glaubwürdig. Ich nehme es ihm ab, dass der sowjetische Botschafter ihm das gesagt hat. Ich habe es allerdings nicht überprüft. Es gibt einen Moment, den kann man schlussfolgern: Gorbatschow wird aus der Negativschatulle im Jahr 1985 herausgezogen, der war vorher anders besetzt, also in einem Kontext mit Breschnew und Tschernenko anzusiedeln. In dieser Phase wurde von einer Reihe bundesdeutscher Medien der Name Modrow ins Spiel gebracht. Das erscheint mir nicht zufällig. Meines Erachtens war das sowjetisch gewollt. Warum so eine starke These? Den bundesdeutschen Medien war schon bewusst, wenn sie einen Konkurrenten von Erich Honecker positiver thematisieren, dass Modrows Chancen dadurch nicht besser werden. Das war es dann auch. Tatsächlich wurden Modrow und einige andere aus Dresden von der Staatssicherheit beobachtet. Die entsprechenden Aktenbelege sind nicht (mehr) vorhanden. Ein leitender Mitarbeiter der Dresdner Bezirksverwaltung behauptet, er selbst habe die Akten zu Modrow der sowjetischen Dienststelle auf der anderen Straßenseite übergeben.<sup>6</sup> Das wirkt nicht abwegig. Ihre Frage erscheint mir mehr als plausibel und wichtig, aber es gibt kein Material, das ich kenne.

**Oliver Dürkop: Wie sehen Sie die politischen Akteure des Übergangs, Egon Krenz, Hans Modrow und Lothar de Maizière? Wie würden Sie sie charakterisieren? In welchen Bereichen diagnostizieren Sie Forschungsdefizite?**

Egon Krenz, Lothar de Maizière und Hans Modrow sind drei Spitzenakteure für unterschiedliche Plattenlabels. Krenz ist das Produkt einer FDJ-Generation, wie es sich eine stalinistische Partei nur wünscht: Kurze Hosen und oben auch ganz kurz. Egon Krenz ist mir unbegreiflich – auch in der Diskussion als Nachfolger von Honecker. Was hat er überhaupt, außer dass er als Funktionär agierte? Was hatte er anzubieten? Wo ist eine Idee, eine Vision, irgendetwas? Egon Krenz kann ich mir nicht erklären. Er ist mir ein Rätsel. Schon in dem Moment, am 18. Oktober 1989, als er nominiert wurde, war es mir ein Rätsel. Seine Performance zog niemand hinter dem Ofen hervor. Eine Partei, die gerade zusammenbricht und implodiert und setzt dann diesen Korken auf die Flasche!

Hans Modrow entstammt eigentlich der gleichen Schule wie Krenz, aber geschmeidiger und heller. Auch wenn er nicht so wirkt und die von ihm verfassten Bücher nicht so wirken, glaube ich, dass er strategisch denken konnte. Das ist ein wichtiges Moment, was eigentlich parteipolitisch ungesund ist. Die Genossen haben nicht strategisch zu sein, das macht die Partei und deren Lenker sitzen in Moskau. Man hat nur das entsprechende Blumendekor an das Deutsche anzu-

---

<sup>6</sup> Hans Modrow/Robert Allertz, *Ich will meine Akte*, Berlin 2018.

passen. Ich glaube, Modrow konnte mehr, ist aber nicht wirksam geworden, weil die Sache eigentlich gelaufen war. Sein historischer Verdienst dürfte nur an einem einzigen Punkt im Rückblick relevant sein: Es war im Dezember 1989 und im Januar 1990 nicht klar, wie die Nomenklatur bewachenden Organe sich verhalten würden. Es war nicht sicher, dass die kampfflos von der Bühne gehen. Ich denke, dass Modrow mit dem Instrument Parteidisziplin, obwohl er Ministerpräsident und nicht Parteivorsitzender war, dazu beigetragen hat, dass das Schiff ruhig gesteuert wurde, wenn es überhaupt noch zu steuern war.

Jetzt geht Egon Krenz in die Literatur ein, vermutlich wegen der Leipziger Dämmerung im Oktober 1989. Auch die Vokabel »Wende« ist nicht sein Werk, sondern eine Neuauflage aus dem Juni 1953, woran Erich Honecker selbst erinnert hatte. Leipzig und »Wende« ist zu viel der Ehre für Egon Krenz. Das schussfreie Leipzig war keine Einzelleistung von Egon Krenz. Im Oktober 1989 funktionierten noch die sowjetischen Mechanismen.

Lothar de Maizière kann m. E. nur ein Kompromiss innerhalb der Blockpartei gewesen sein. Er war kompatibel zu Gregor Gysi, zu anderen Parteien und anderen Repräsentanten, auch mit juristischem Hintergrund. Die kannten sich alle vorher. Ihm wird der Deckname »Czerny« zugeordnet. Eine Akte gibt es nicht. Er selbst bestreitet eine Kooperation, die ich selbst für plausibel halte. Er wird vermutlich widersprechen, als Spitzel etikettiert zu werden. Ich würde ihn aber auch nicht als solchen definieren. Er war Gesprächspartner, davon bin ich überzeugt. Ich glaube, dass Lothar de Maizière nicht der Repräsentant der demokratisch gewählten Regierung wäre, sondern dass er eher die Stimme einer Summe von mehreren Akteuren war.

**Michael Gehler: Sie stellen Modrows Rolle mit Blick auf den Januar 1990 deutlich heraus: Sie argumentieren, die Sache hätte prekär werden können. Schlägt das Waffenpotenzial der DDR noch zu? Wie ordnen Sie das Nichtverbot der SED in diesen Kontext und diesen Etikettenwechsel von SED zur PDS ein? War das im Grunde ein Hilfskonstrukt bzw. ein Hintergrund, den man sehen muss dafür, dass die Entwicklung in relativ ruhigen Bahnen verlief?**

Ich neige zu dieser Richtung. Ich teile die These, dass man Bundeskanzler Helmut Kohl alles Mögliche an die Brust heften kann, denn die war breit. Aber eines nicht: Er war nicht dumm. Da zahlt sich aus, dass er sich mit Geschichte beschäftigt hat, auch wenn er das anders getan hat, als ich das für geboten halte. Er hat bewusst einen Ort und Raum geschaffen, von dem er wusste, dass solche Akteure wie Lothar Bisky, Hans Modrow und Gregor Gysi notwendig waren, um den auf Feind trainierten Laden DDR in die Demokratie zu überführen. Hätte er die Partei verboten, hätte es viele unzufriedene Gruppen gegeben, wobei ungeahnt ist, wie die sich entwickeln würden. Denn es war eigentlich allen bewusst, dass es ein ökonomisches Desaster in den neuen Bundesländern geben würde. Wenn da keine große Badewanne kommt und alles langsam in die Demokratie überführt wird, könnte das das Lebenswerk von Helmut Kohl und wohl auch die Lage in Deutschland infrage stellen. Ich glaube, er hat an sich und an die Nation gedacht.

Das sind Spekulationen, aber das erscheint mir eine mögliche Erklärung, warum das Verbot der SED bzw. der PDS nicht herbeigeführt wurde.

**Oliver Dürkop: Zum geplanten Umstrukturierungsprozess vom MfS in das »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS): Wie bewerten und beurteilen Sie diesen Prozess? Wie stark ist das in den Archiven dokumentiert? Maßgeblich dafür verantwortlich war Ministerpräsident Modrow. War das ein entscheidender Fehler?**

So eine Repressionsmaschine ist selbst im Kommunismus das Konservativste, was man sich überhaupt vorstellen kann. Das ist das Herzstück dessen, was auf »Feinde« programmiert war. Dieser Apparat konnte sich niemals vorstellen, dass er insolvent geht. Das war einfach nicht vorgesehen. Hans Modrow war aber klar, dass sie jetzt dringend ein Angebot machen müssen, um das Etikett »MfS« loszuwerden. Also entschieden sie sich zunächst für das Amt für Nationale Sicherheit, das nur ein kleines Zeitfenster Bestand hatte. Kurz danach hieß es »Verfassungsschutz«. Es wurde als Selbstetikettierung des bisherigen Feindes übernommen – Verfassungsschutz. Es war nicht anderes als Kosmetik. Es ist zwar ein bewaffnetes, militärisches Organ, aber was tut man in einer Krisensituation, wie im November 1989? Da gab es schon unterschiedliche Stimmen auch innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit. Hier kann ich nur das Buch von Walter Süß »Staatssicherheit am Ende« empfehlen.<sup>7</sup> Das ist aus meiner Sicht immer noch das materiell beste Buch.

Das MfS musste irgendein Angebot unterbreiten und fing tatsächlich an, Unterlagen zu löschen. Es gab schon seit langem im Ministerium für Staatssicherheit ein Unbehagen über die Massendatenerfassung und die nicht mehr richtig funktionierende Verfolgung von »Feinden«. Der Feindbegriff war überdehnt worden. Er meinte am Ende faktisch beinahe die ganze Gesellschaft. Jeder konnte ein »Feind« werden. In dem Konzept »Amt für Nationale Sicherheit« bildeten sich Komponenten in diese Richtung ab – eine Konzentrierung auf bestimmte Aufgaben. In der Zeit tauchte auch schon der Begriff »Verfassungsfeinde« auf. Was sollte das nach DDR-Auffassung sein? Der eigentliche Bruch war dann, als das Thema Verfassungsschutz aufgenommen wurde. Es war die Herauslösung des Auslandsnachrichtendienstes erfolgt. Die HV A versuchte in der »neuen« DDR zu überleben. Es war klar, dass dieser Repressionsapparat nicht mehr funktioniert. Ich will daran erinnern, dass auch schon in Leipzig im Oktober 1989 Stasi-Schilder auftauchten: »Stasi in die Produktion!« Es war klar, das Logo war versaut. Mit dem Marketingprodukt braucht man nicht mehr lange auf dem Basar herumlaufen. Markus Wolf versuchte den Auslandsnachrichtendienst noch zu retten, obwohl er gar nicht mehr Leiter war. Der neue Leiter hieß bereits ab 1986 Werner Großmann. Das Risiko unkontrollierter Handlungen war nahezu erst durch diese kritische Situation am 15. Januar 1990 bereinigt. Da wurde dem

---

7 Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 2012.

Repressionsapparat die Macht genommen. Man sagt heute »Stürmung« für die Begehung des Geländes und einzelner Häuser der Stasi-Zentrale. Die Historiker werden später sagen: von innen hat das Bürgerkomitee die Türen geöffnet und das Volk kam herein. Die Macht der Generale war schon an das Bürgerkomitee übergeben worden. Wobei die Bürgerkomitees auch interessant zusammengesetzt waren. Die Frage ist jetzt, wem wurde denn die Macht übergeben? Das muss die Forschung klären, wer da für was stand. Das wirft eine Menge Fragen zur Mythisierung auf und die wird erst mal bleiben bis die Generation der Herbstrevolutionäre von der Bühne ist. Erst dann können wir die neu geschaffenen Mythen wegtun. Heute wird bei manchem jungen Wissenschaftlern überlegt, wie er Akteure aus dieser Zeit beschreibt.

Das »Amt für Nationale Sicherheit« war eher ein kosmetischer Akt. Kurz darauf fanden tatsächlich ein Rückbau und eine Veränderung der strategischen Disposition statt. Im Januar 1990 ist dem Staat eine Säule weggebrochen. Erst hier hatte die Bürgerrevolution dem Staat das wichtigste Instrument vollends weggenommen. Eine Militärrevolution wäre in Deutschland undenkbar gewesen. Also so abwegig ist ein potenzielles Fehlverhalten auch nicht. Die »Konterrevolution« im Land, wo gibt es denn so was? Darf man das? Ich glaube, dass das Ministerium für Staatssicherheit schon vorher von innen her Risse hatte. Es gibt eine Analyse eines ehemaligen MfS-Mitarbeiters, Wanja Abramowski, der die Zusammensetzung politischer Strömungen innerhalb des MfS in vier bis fünf Gruppen unterteilt. Verkürzt etwa so: Die Stalinisten Mielkes, die HJ-FDJ-Generation, die in der DDR nach 1950 politisch Sozialisierten und jene aus den 1980er-Jahren. Die interessanteste unter all diesen Gruppen innerhalb des MfS dürfte jene sein, die wesentlich während der Kybernetik-Diskussionen geprägt wurden. Die Kybernetik-Diskussion dürfte durchaus als sensationell angesehen werden. Von 1965 bis 1969 haben unter Walter Ulbricht Technokraten an Gewicht gewonnen. Die ideologische Disposition erhielt durch eine sachlich-fachlichere Diskussion Konkurrenz. Deren Berichte innerhalb des MfS wirken sachlich-nüchtern, mitunter tabuloser, wenn sogar örtlich von Korruption in der Partei und Misswirtschaft in der Industrie berichtet wird. Das hat einen Hauch von Entideologisierung im Apparat, was auch einen Reflex gegen Walter Ulbricht ausgelöst hat. An diesen Pfad hat Erich Honecker nicht angeknüpft. Das wäre noch eine spannende Frage, warum die Sowjets diese Entwicklung unter Walter Ulbricht abgebrochen haben.

**Oliver Dürkop: Am 28. Februar 2018 erlangte Hans Modrow vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einen Sieg mit der Teilfreigabe und einem Nachjustieren seiner Akten des BND. Wie beurteilen Sie diese Klage generell und auch diesen Erfolg? Wird es Nachahmer und somit eine Klagewelle geben?**

Hier laufen zwei gesellschaftliche Prozesse nebeneinander. Nachrichtendienstliche Akten gehen jetzt auf, das ist so. Die Politik Deutschlands hat sich entschieden, dass dieser Prozess läuft und die Akteure tun sich damit schwer – aus verständlichen Gründen. Das ist kein Schutzargument, die Bequemlichkeit eines

Beamten, etwas zu suchen, sondern es steht ja auch etwas drin, was man nicht in der Zeitung nachlesen möchte. Dieser Prozess läuft und zugleich will der Bundesnachrichtendienst, einer der Hauptbetroffenen neben dem Verfassungsschutz, deutlich machen, dass er ein moderner Nachrichtendienst ist und nicht mehr das Schmutzwasser an den Füßen hat. Eine Modrow-Akte reicht noch deutlich nach 1990. Die Unterlagen, die nach 1990 zu ihm angefallen sind, sind eher für den BND ungünstig. Insofern ist der Unwille zu erkennen.

Der andere Prozess, der gegenwärtig abläuft, besteht darin, dass es den Versuch der Relativierung der MfS-Akten gibt. Es ist nicht nur ein Phänomen im Osten, sondern der Westen hat auch Informationen gesammelt. Da tauchen immer mehr Schlagzeilen auf. Ich halte das auch schon für einen Prozess der Relativierung, obgleich es Unterschiede gibt. Diese beiden Prozesse laufen zugleich ab. Ich glaube nicht, dass Hans Modrow klar gewonnen hat. Man sagt jetzt Modrow-Akte, doch erscheint diese Bezeichnung nicht nützlich. Es gibt Berichte zu ihm, heißt es. Er ist Teil der politischen Elite der DDR gewesen und nachvollziehbar ist für die Bundesrepublik, genauer auf ihn zu schauen. Ich halte das für berechtigt. Wohin steuerte er? Unternimmt er etwas, was zu einer politisch kritischen Situation führen könnte? Denn wir wackelten schon nach der deutschen Einheit – nicht der Staat wackelte, aber das Klima war nicht gut. Ich darf Sie daran erinnern, was 1991/92 für eine Stimmung im Land herrschte. Da schwang Enttäuschung mit. Ich halte es für legitim, dass der Bundesnachrichtendienst, oder wer auch immer, solche Prozesse nachrichtendienstlich beobachtet und bewertet, was freilich die Zeit bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik betrifft.

**Michael Gehler: Zu Markus (Mischa) Wolf, dem ehemaligen Spionagechef der HV A der DDR, der ganz merkwürdig in dieser Phase des Untergangs der dahin dämmernden DDR plötzlich in der Öffentlichkeit am 4. November 1989 bei der Großdemo am Alexanderplatz auftaucht. Als einem Insider dürfte ihm längst klar geworden sein, wohin politisch die Reise geht. Er hatte seit 1986 sein literarisches Talent zu entdecken begonnen und meinte, schriftstellerisch tätig zu werden. Ein merkwürdiger Vorgang. Er steigt aus dem Dienst aus.**

Das geht aus der Aktenlage der Stasi-Unterlagenbehörde hervor.

**Michael Gehler: Wie lautet Ihre Einschätzung zu Markus Wolf?**

Markus Wolf wurde in den 1970er-Jahren oder spätestens 1979 mit der Titelblattgeschichte im *Spiegel* mit Gesicht erkennbar.<sup>8</sup> Mithin war er fortan bereits eine historische Person. Mir erscheint plausibel, das er über sein Lebenswerk schreiben wollte: Die Geschichte des Nachrichtendienstes der DDR. Seine schriftstellerischen Neigungen, wie wir sie in dem Buch »Troika« vorfinden, hatten einen Vorlauf: Nun sich auch selbst zu historisieren. Als er 1986 aus seiner

---

8 *Der Spiegel* Nr. 10/1979, 5. 3. 1979 mit dem Thema »DDR-Spionage: Das lässt die mächtig wackeln«, <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/40350688> (letzter Zugriff 10.5.2020).

Funktion als Leiter der Hauptverwaltung A ausschied, war er eigentlich noch im Dienst. Er verfügte über Arbeitsräume in Hohenschönhausen. Das wird zwar mitunter anders dargestellt, aber er hatte einen Fahrer und eine Sekretärin. Er befasste sich nun mit der Geschichte der HV A. Zugleich erweckte er den Argwohn des MfS in der Art, als das am Tag seines Ausscheidens zu ihm eine Akte angelegt worden ist: Die haben beobachtet, was er tut. Allein diese Tatsache darf man als Hinweis dafür werten, dass selbst Mielke nicht glaubte, dass Wolf gänzlich »ausgeschieden« war.

Warum scheidet er aus? Wir machen doch alle bis zum Schluss weiter. Erich Mielke war deutlich älter als Wolf. Ich halte es für plausibel, dass der Tod seines Bruders Konrad auf ihn gewirkt hat. Aus der Akte zu Markus Wolf geht hervor, dass Konrad Wolf durchaus Belange an den Bruder herangetragen hatte, die Wolf mit dem Apparat geregelt hat. Konrad Wolf wollte sicherlich das Troika-Buch, denn dieses passte in die Zeit. Drei verschiedene Figuren, drei verschiedene Entwicklungswege, aber eine gemeinsame Wurzel. Ich glaube, Wolf hat es deshalb auch weiterverfolgt, weil er die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Zumal ihn die Sowjetunion geprägt hat. Er ist in der Stalin-Ära politisch sozialisiert worden. Das ist ein Schliff. Im Herbst 1989 war Markus Wolf intern an Diskussionen beteiligt, im Großen Haus auch mit einem Arbeitszimmer präsent. Es heißt, er habe ein Zimmer gegenüber dem von Hans Modrow bezogen. Hans Modrow und Markus Wolf wirken auf mich in diesen Wochen als ein Gespann. Pointiert formuliert: Wolf wirkte für mich als eine Ständige Vertretung der Sowjetunion in der DDR. Er schien soweit wichtig zu sein, dass sogar der spätere Innenminister Peter-Michael Diestel auf seine Dienste zurückgreifen wollte.

**Oliver Dürkop: Was bleibt von diesen drei Protagonisten aus der über 40-jährigen DDR-Geschichte übrig? Egon Krenz flog aus der Partei und saß eine Haftstrafe ab. Hans Modrow saß in der Volkskammer bis zum 3. Oktober 1990, dann im Bundestag und Europaparlament und war Mitgründer der Europäischen Linken. Lothar de Maizière wurde Bundesminister für besondere Aufgaben, arbeitete danach als Rechtsanwalt weiter und war u. a. über zehn Jahre der Vorsitzende des deutschen Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs. Wie bewerten Sie diese Akteure?**

Eine Prognose: In der wissenschaftlichen Publizistik in 20 Jahren gibt es keinen Lothar de Maizière, keinen Hans Modrow und keinen Egon Krenz mehr. Sie werden keine Rolle mehr spielen. Ich denke, dass die nächste Generation nicht mehr historisch im Detail arbeitet. Ich meine jetzt nicht die jungen Akademiker, von denen ich mir viel für die Zukunft verspreche, sondern vom Mainstream, von der Stimmung her. Dass dann eine umgekehrte Mythisierung stattfindet. Was war positiv in der DDR? Dabei kommen so positive Figuren wie Gregor Gysi heraus. Es ist so, wie in vielen Systemen, dass nicht die realen Akteure an historischen Knotenpunkten von Gewicht sind, sondern diejenigen, die in der Zeit noch mit produktiven Äußerungen wahrgenommen werden können. Ich glaube, da verschiebt sich was im publizistischen Mainstream. Die Frage ist dann, ob die jungen

Historiker überhaupt noch durchdringen können, die dann sorgfältig die historischen Prozesse aufgrund besserer Materiallage sichten? Das wird ein riesiges Problem sein, aber das kennen wir schon. Das ist wie beim Thema Spionage. Wir haben ein Medienbild, ein publizistisches Bild und wir haben das Wissen, dass es doch ganz anders war.

**Oliver Dürkop: Hat es überhaupt 1989/90 noch irgendwann eine realistische Chance für die DDR gegeben, diesen Staat am Leben zu erhalten?**

Nur unter einem Gesichtspunkt hätte es die Chance gegeben: Für sich genommen aus europäischer und sowjetischer Sicht nicht. Die Frage ist, wie verhalten sich Frankreich, Großbritannien und ergänzend Österreich, die möglicherweise ein Interesse aus geostrategischen Gründen hatten, den existierenden Status quo mit der DDR irgendwie beizubehalten, ohne das Gesicht zu verlieren. Als die amerikanische Politik jedoch klargemacht hat, sie geht mit Helmut Kohl, war der Drops gelutscht. Man müsste die Frage diskutieren, was haben die genannten Staaten in den Monaten November '89 bis Februar '90 unternommen? Ich glaube, die haben eine Menge unternommen, um die Situation zu stabilisieren. Die DDR hatte eigentlich nur noch eine Chance, weil Westeuropa zeitweise das Interesse hatte, im geopolitischen Sinne ein stärkeres Deutschland zu vermeiden. Ökonomisch war die DDR erledigt und gesellschaftlich aufgebraucht. Von der politischen Klasse, von der Elite her, war eigentlich niemand mehr vorzeigbar.

**Michael Gehler: Wie ist denn eigentlich Modrow in den französischen und britischen Medien ab 1987 als mögliche Figur gespiegelt worden? Er wird als »Gorbatschow der DDR« bezeichnet. Er lässt es mal so stehen, wenngleich er heute einräumt, dass er das nicht unbedingt sein wollte. Erst recht nicht im Licht dessen, was mit Gorbatschow verbunden ist, nämlich das totale Ende der Sowjetunion.**

Jetzt geschieht genau das, dass das historische Ereignis und die Disposition durch spätere Bewertungen überlagert werden. Das ist ein echtes Minus, gegen das man heute anzukämpfen hat. Ich glaube ein Hans Modrow der Jahre 1988/89 war schon mit dem »Gorbatschow-Flair« versehen.

**Michael Gehler: Sie haben die Disposition des Kalten Krieges und eine Historikergeneration angesprochen, die im Ost-West-Denken groß geworden und mit teilweise vorgeformten Positionen an die Materie herangegangen ist. Wie würden Sie denn derzeit den Stand der deutsch-deutschen Geschichtsschreibung beurteilen? Was würden Sie im Lichte Ihrer vielen Forschungen und Kenntnisse über Biografien der Akteure der DDR und des Staatssicherheitskomplexes für eine Perspektive vor Augen haben? Anders gefragt: Wie wird im Jahre 2030, 40 Jahre nach der deutschen Einheit, die Beziehung zwischen DDR und Bundesrepublik eingeordnet? Werden wir uns verabschieden können oder sogar müssen von einer »Der Westen hat gesiegt!«-Haltung?**

Das sind zwei sehr verschiedene Komplexe. In unserer mentalen Stimmung ist

der Westen der Sieger. Das ist die Atmosphäre und ich finde es gut, weil die demokratische Idee gesiegt hat. Für mich war das über Jahre und vielleicht schon Jahrzehnte der eigentliche Siegeszug der Demokratie in Europa – ein großer Schritt nach vorn. Seit 2017 prüfe ich, ob ich nicht Korrekturen vornehmen sollte. Ob nicht unsere Fehler, die wir in diesem Prozess gemacht, die gegenwärtige Situation erklärbar machen, in der sich Deutschland bewegt. Wahrscheinlich müssten wir von der Siegerlaune absteigen und uns fragen, ob es wirklich klug war, den Beitrittsprozess so zu gestalten, wie er gestaltet worden ist. Ob die ökonomische Schiefelage, die wir in den frühen '90er-Jahren schon hatten, jetzt Stilblüten hat, die darin ihren Ausdruck finden. Ausgangspunkt für diese Gedanken sind die Aktionen der Pegida in Dresden. Da war der Punkt, wo dieser Gedanke bei mir zum ersten Mal aufgetaucht ist. Wir werden fragen müssen, ob wir den Gewinn und die Freude an Demokratie nicht dadurch beschädigen, dass damit Prozesse ausgelöst werden, mit denen wir uns noch über lange Zeit auseinandersetzen werden müssen. Die Bewegungen sind in einer aktuellen Phase, wo es Tendenzen gibt, die Frage der Demokratie überhaupt zur Disposition zu stellen, wenn ich mir bestimmte Anschauungen und Anpassungsleistungen ansehe. Ich bin echt sorgenvoll, obwohl ich an Politik immer gern als Theaterbesucher teilnehme. Irgendwie wird es ernst, obwohl alles noch seine Ordnung hat: Verfahren, die Prinzipien, alles stimmt und funktioniert noch. Ich glaube aber nicht, dass wir es hier mit einem flüchtigen Phänomen zu tun haben, sondern es ist ein europaweiter Prozess. Meine Befürchtung ist, dass demokratische Verfahren infrage gestellt werden und man über andere nachdenkt, um bestimmte Dinge zu bewirken. Ich glaube, wir sind noch nie so herausgefordert worden, wie noch zu Zeiten des Kalten Krieges.

Was werden junge Historiker im Jahre 2030 sagen? Ich verspreche mir sehr viel von der Generation der Nachgeborenen. Nur von jenen, die die Kraft und Imagination haben, sich Prozesse als welthistorisches Ereignis vorzustellen. Ich illustriere das an einem einzigen Punkt. Man wird die Sowjetunion der Jahre '51/'52 nicht begreifen, wenn man nicht ihre Äußerungen zu Korea reflektiert. Die Sowjetunion hat den Westen an Intelligenz in einem Punkt verschätzt. Sie glaubten, wenn sie ein Symbol wie zum Koreakomplex in den Raum setzten, dass der Westen das lesen würde als Versuch, eine Entspannung anzudeuten. Lasst uns schauen, dass wir Konflikte von Tisch kriegen. Das heißt, jegliche Bewertung innerdeutscher Ereignisse und deutscher Ereignisse in Europa muss solche Komponenten außenpolitischer Duftmarken mitdenken und einordnen. Dann bekommt man vermutlich ein realistischeres Bild über unsere Geschichte hin. Weg von der Sprachbarriere, die uns hindert, komplexe Phänomene komplex zu diskutieren. Die Unfähigkeit gleichzeitig deutsch, französisch und englisch zu sprechen, führt zu einer Unwucht in der Perzeption von historischen Quellen und auch Literatur – ein dramatischer Fehler. Ich weiß, dass jede Geschichtsschreibung ihre Grenzen hat. Ich mache mir da keine Illusionen, obwohl ich selber den Anspruch habe, möglichst exakt zu arbeiten. Ich hoffe, dass die Generation 2030 international denkt, also den Globus mitdenkt und einzelne Phänomene

prismaartig reflektiert. Diese Interdependenzen werden bis jetzt nicht zureichend betont. Ärgerlicherweise werden außenpolitische Beziehungen nach den Dokumenten und nach Erinnerungen bearbeitet, das ist immer noch die primäre Ebene, aber nicht die nachrichtendienstliche Vorleistung. Ein außenpolitischer Akteur lässt sich von seinem Nachrichtendienst beraten. Er setzt sich ins Bild. Solange diese Unterlagen bei Geschichtsschreibungen nicht mitgedacht werden, bin ich mir sicher, dass bestimmte Entscheidungen der Ereignisse nicht richtig zugeordnet werden können. Fehlende nachrichtendienstliche Analyse kann zu politischen Fehlern führen. Ich meine jetzt nicht den Irakkrieg. Ich hoffe, dass diese Generation das aufgreift und umsetzt. Auf diese Bücher freue ich mich. Ich weiß, wie viel Platz man braucht, um ein Phänomen zu beschreiben. Ich glaube aber, dass der Kalte Krieg, der die Welt geprägt hat, über vier Jahrzehnte nicht anders zu reflektieren ist als so. Alles andere ist zu eng. Das ist mir deutlich geworden bei der Debatte um die Stalinnote im Jahre 1952, da haben wir das immer diskutiert – Fake oder Ernst? Allein die Fragestellung war falsch und irreführend! Diktaturpolitik bedeutet immer das Setzen von Duftnoten, um glaubwürdig zu sein und die muss man erst mal herausdestillieren und in einen Kontext stellen. Die damalige Diskussion um Korea 1952 oder Österreich 1955, denn das waren für Europa tatsächlich wichtige Ereignisse. Stellen Sie sich mal vor: Deutschland neutral in Europa. Wie soll das funktionieren? Eine Art UNO-Neutralitätszone? Ein Streifen bis nach Sardinien? Das fehlt. Ich habe vorhin diese drei Sprachen genannt, aber eigentlich gehört noch russisch dazu!

**Michael Gehler: Im Jahr 2030 werden vermutlich oder denkbar geheim- und nachrichtendienstliche Akten weit mehr zugänglich sein als jetzt, so wie wir jetzt über '68 und die folgenden Jahre Geheimdienstakten und die BND-Aufarbeitung haben. In meinem Buch »Modellfall für Deutschland? Österreichs Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955« finden Sie eine Aufzeichnung des State Department Geheimdienstes vom Juli 1955, als politisch bereits alles gelaufen schien: Die Bundesrepublik in der NATO und die DDR auf dem Weg in den Warschauer Pakt. Es werden in diesem Dokument auf mehreren Seiten Fragen und Probleme eines neutralisierten Deutschlands analysiert und das Ergebnis lautet: das ist denkbar und machbar mit Folgen, die nicht ungefährlich für den Westen sind, aber die Deutschen werden in einer solchen Konstellation NATO-kompatibel ihre nationalen Streitkräfte ausrichten. Sie werden sich nicht auf östliche Verlockungen einlassen und auf irgendwelche Angebote jenseits der Oder-Neiße eingehen. Sie werden so antikommunistisch und so antibolschewistisch sein, dass sie praktisch nicht Gefahr laufen, kommunistisch zu werden.**

**Zur Frage: Welche Rolle spielten Ihrer Ansicht nach die Nachrichten- und Geheimdienste beim Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende der DDR bei diesem tatsächlichen oder nur vermeintlichen Sieg des Westens? Wie würden Sie das einordnen? Wie wichtig waren diese Geheimdienste auch wenn wir in diesem Bereich noch fast nichts kennen und kaum etwas vor uns liegt?**

Die letzte Frage ist das Problem. Wir wissen zu wenig. In Deutschland schauen wir auf den BND. Das ist schon nicht schlecht. Ich wüsste gern, was die britischen, französischen, amerikanischen Nachrichtendienste ab '87 für Analysen und darauf bauend für Vorschläge entworfen haben. Das ist bislang noch recht blass. Entweder bin ich bislang unaufmerksam oder das gibt es noch nicht aufbereitet. Das Gleiche gilt für die Sowjetunion. Ich bin mir sicher, dass es Planspiele gegeben hat und situative Komponenten diskutiert worden sind. Ich bin mir ebenso sicher, dass es Überlegungen gab, bestimmte Richtungen zu betreiben. Die Schwierigkeit, die wir heute haben, einzelne Äußerungen von Repräsentanten zuordnen zu müssen, ohne den Hintergrund zu kennen. Ich will deshalb abstrakt zusammenfassend sagen, ohne diese Unterlagen ist jegliche historische Beschreibung unseriös oder nicht vollständig belastbar, weil bestimmte politische Entscheidungen sich überhaupt nicht mehr in ihrer Intention erklären lassen. Ich bedauere, dass man das noch nicht rekonstruieren kann.

Unser Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat in seinen 18 Jahren eine Verhandlungsdiplomatie betrieben, da möchte man gern die Protokolle, die dann gegenseitig gemacht worden sind und die Reaktionen darauf unter einer Folie betrachtet sehen, und wissen, was Nachrichtendienste zugearbeitet haben. Dann wird Geschichte spannend. Hat der Repräsentant des Staates geschafft, intellektuell zu erschließen, was ihm der Dienst aufgeschrieben hat? Hat er es geschafft, eine Situation kommunikativ herzustellen, um das Ergebnis zu erreichen oder war das so stark im Weg, dass er nichts dergleichen geschafft hat? Das würde zum Ergebnis haben, dass jedes Ereignis für sich genommen keine Prädisposition hat, sondern jederzeit hätte sich irgendetwas ergeben können. Das klingt ein bisschen wie Prosa.

**Oliver Dürkop: Von einem DDR-Funktionär erfuhren wir, das Sitzungsprotokolle oftmals erst nachträglich erstellt, lanciert und dabei so einiges hinzugefügt oder auch weggelassen wurde.**

Das ist aber normal. Deshalb sind Dolmetscher als historische Quelle eine eigene Quellenzunft. Dolmetscher machen sich Notizen, denn das müssen sie. Selbst Simultanübersetzer machen ein paar Stichworte und das sind noch die besten Quellen.

**Michael Gehler: Herzlichen Dank Herr Müller-Enbergs für dieses lebendige Zeitzeugengespräch.**

Gern.